

Schriftenreihe
der Gesellschaft für Deutschlandforschung

Band 108

Standortbestimmung Deutschlandforschung

Herausgegeben von

Markus Gloe, Lutz Haarmann
und Tom Thieme



Duncker & Humblot · Berlin

GLOE/HAARMANN/THIEME (Hrsg.)

Standortbestimmung Deutschlandforschung

Schriftenreihe
der Gesellschaft für Deutschlandforschung

Band 108

Standortbestimmung Deutschlandforschung

Herausgegeben von

Markus Gloe, Lutz Haarmann
und Tom Thieme



Duncker & Humblot · Berlin

Gedruckt mit freundlicher Unterstützung
der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

BUNDESSTIFTUNG 
AUFARBEITUNG

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte, auch die des auszugsweisen Nachdrucks, der fotomechanischen
Wiedergabe und der Übersetzung, für sämtliche Beiträge vorbehalten

© 2016 Duncker & Humblot GmbH, Berlin

Fremddatenübernahme: Konrad Triltsch GmbH, Ochsenfurt

Druck: Meta Systems Publishing & Printservices GmbH, Wustermark
Printed in Germany

ISSN 0935-5774

ISBN 978-3-428-14944-5 (Print)

ISBN 978-3-428-54944-3 (E-Book)

ISBN 978-3-428-84944-4 (Print & E-Book)

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 ☺

Internet: <http://www.duncker-humblot.de>

Vorwort

Einer breiten Öffentlichkeit in Deutschland ist kaum bekannt, dass es um die Chancen des wissenschaftlichen Nachwuchses vor allem in den Geistes- und Sozialwissenschaften schlecht bestellt ist. Nicht nur, dass die jungen Forscher durchweg nur befristete Stellen erhalten, so sie überhaupt eine solche bekommen. Auch das Wissenschaftszeitvertragsgesetz (WissZeitVG), das befristete Arbeitsverträge nur bis zu einer Dauer von insgesamt 12 Jahren zulässt, stellt in der Praxis eine Art Berufsverbot dar. Gerade zwischen 30 und 40 Jahren alt müssen junge Wissenschaftler, die inzwischen über qualifizierte Forschungserfahrungen verfügen und den „Wissenschaftsbetrieb“ kennen, ihre dort erreichten Positionen verlassen und ihre Karrieren aufgeben, mithin genau dann, wenn sie am leistungsfähigsten sind. Dass dies nicht selten auch in ihrer privaten Lebensplanung einen Bruch nach sich zieht, sei nur am Rande erwähnt. Aber auch die Möglichkeit, neben den etatisierten Stellen an Universitäten und in Instituten durch Einwerbung von Drittmitteln eine befristete Forschungsstelle zu erhalten, ist in den letzten Jahren immer schwieriger geworden. Inzwischen braucht man i. d. R. mindestens ein Jahr, um einen wissenschaftlich soliden Antrag zu erarbeiten, doch die Chancen für eine Gewährung und damit Forschungsförderung sind gegenwärtig sehr gering. So haben Anträge im Bereich der Geschichtswissenschaft beispielsweise bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) z. Zt. nur eine 15-prozentige Chance auf Genehmigung. Diese Chancen stehen bei anderen Stiftungen (z. B. Thyssen, VW oder Gerda-Henkel) kaum günstiger. Vor diesem Hintergrund fehlt es dem akademischen Nachwuchs zunehmend an Möglichkeiten, sich zu qualifizieren und in der „scientific community“ zu behaupten. Nicht von ungefähr spricht man daher seit geraumer Zeit von einem „wissenschaftlichen Prekariat“. Hält diese fatale Entwicklung noch weitere Jahre an – und davon ist auszugehen –, wird es in den Geistes- und Sozialwissenschaften bald kaum mehr ausreichenden Nachwuchs geben, denn anders als in den Naturwissenschaften und der medizinischen Forschung gibt es keine Möglichkeiten, entsprechende Forschungsstellen durch die Wirtschaft zu finanzieren. Dies war *ein* Grund, eine Tagung durchzuführen, die ausdrücklich der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses dienlich sein sollte.

Der *zweite* Grund hängt damit eng zusammen. Deutschlandforschung, früher DDR- und Deutschlandforschung, scheint nach 25 Jahren Wiedervereinigung und einer äußerst intensiven DDR-Forschung inzwischen ein wenig an Attraktivität verloren zu haben. Die Brisanz ist der Normalität gewichen. Nimmt man die prekäre Lage des wissenschaftlichen Nachwuchses hinzu, besteht durchaus die Gefahr, dass es in nicht allzu langer Zeit an qualifiziertem Nachwuchs für die Deutschlandforschung mangelt. Mit dem bewusst breit formulierten Thema „Standortbestim-

mung Deutschlandforschung“ wurde daher eine wissenschaftliche Fachtagung konzipiert, die für junge Nachwuchswissenschaftler die Möglichkeit bieten sollte, Forschungsergebnisse aus eigenen Projekten vorzustellen und zu veröffentlichen. Im Rahmen einer Kooperationsveranstaltung des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung e. V. an der TU Dresden (HAIT) mit der Gesellschaft für Deutschlandforschung (GfD) sollten Themen zur westdeutschen und der DDR-Geschichte ebenso zur Diskussion gestellt werden wie Forschungsarbeiten zu Transformationsprozessen und zu Systemvergleichen. Entsprechend lassen sich die hier versammelten Beiträge in vier Gruppen einteilen. Für den methodischen Ansatz der GfD ist besonders relevant, dass sowohl Beiträge zur Bundesrepublik wie zur DDR präsentiert werden können, zumal eine einseitige DDR-Orientierung bei der Aufarbeitung der deutsch-deutschen Vergangenheit nie die Grundposition der GfD war. Vielmehr sollten möglichst immer beide Seiten beachtet werden, da beide auch davon betroffen waren. Hinzu tritt der deutsch-deutsche Vergleich und schließlich viertens ein diachroner Vergleich, ausgehend vom Zeitpunkt der Wiedervereinigung mit der heutigen Lage. Insofern spiegelt der vorliegende Band ein breites Spektrum interessanter Themen und differenter methodischer Ansätze wider.

Dank der intensiven Begleitung und Betreuung aller Vortragenden durch die Herausgeber des Bandes – selbst Nachwuchskräfte der GfD – konnte ein qualitätvoller Band zusammengestellt werden. Den jungen Autorinnen und Autoren sei ebenso gedankt wie den Herausgebern. Zu wünschen ist ihnen allen, dass ihnen dieser Band auf ihrem weiteren wissenschaftlichen Werdegang nützlich ist.

Dresden/Bonn, im Oktober 2015

Günther Heydemann und Tilman Mayer

Inhaltsverzeichnis

<i>Markus Gloe, Lutz Haarmann und Tom Thieme</i> Standortbestimmung Deutschlandforschung – Grundlagen, Bilanz und Perspektiven	9
---	---

DDR

<i>Uta Bretschneider</i> Um-Deutungen – Zeitgenössische und aktuelle Darstellungsmodi von Bodenreform und Kollektivierung	35
<i>Marie-Thérèse Heinrich</i> Zur „operativen Bedeutung“ der Westtouristen in der DDR 1971–1989	55

Bundesrepublik Deutschland (vor 1989)

<i>Mathias Schütz</i> Mit und gegen Deutschland? – Das „deutsche Problem“ in der westeuropäischen Einigungsdiskussion	73
<i>Ulrich Schuster</i> Deutschlands konfliktives Rollenverständnis im transatlantischen Verhältnis (1997–2011)	89

Transformationsprozess

<i>Marcus Böick</i> Das letzte Gefecht? – Die ökonomischen Debatten über eine „Wirtschaftsreform“ innerhalb der DDR um die Jahreswende 1989/90	113
<i>Ines Langelüddecke</i> Bauernland in Junkerhand? – Die Rückkehr des brandenburgischen Adels und die Auseinandersetzungen mit den Bauern nach 1989/90	133

Systemvergleiche*Christoph Lorke*

Die Ordnung des Sozialen im Vergleich – „Armut“ im geteilten Deutschland 151

Manuel Becker

Nationalsozialismus und DDR im Vergleich – Zwei Ideokratien in Deutschland 169

Kathleen Schröter

Zur westdeutschen Rezeption ostdeutscher Kunst seit 1945 – Eine Chronologie 185

Auswahlbibliographie 203

Autorenverzeichnis 209

Standortbestimmung Deutschlandforschung – Grundlagen, Bilanz und Perspektiven

Markus Gloe, Lutz Haarmann und Tom Thieme

I. Begriffsbestimmung

Mit dem Begriff Deutschlandforschung wird ein multi- und interdisziplinäres Feld bezeichnet. Vor dem Hintergrund der deutschen Teilung wird der Terminus für Forschung verwendet, die sich mit Gegenständen in Bezug auf die Sowjetische Besatzungszone (SBZ-Forschung), die DDR (DDR-Forschung), den Vergleich der beiden deutschen Staaten, die Deutschlandpolitik der beiden deutschen Staaten (vergleichende Deutschlandforschung – ein Begriff, „der in äußerst geschickter Weise die Anerkennung der Existenz von zwei Vergleichssubjekten mit einem Beharren auf der Fortexistenz Deutschlands als Gesamtbegriff verbindet“¹) sowie den Prozess und die Folgen der Wiedervereinigung beschäftigt.² Ferner weitete die Deutschlandforschung nach 1990 auch den Blick auf die Rolle Deutschlands in Europa und in der Welt. Aber nicht nur Forscherinnen und Forscher in Deutschland, sondern auch im Ausland – insbesondere in den USA – fühlten und fühlen sich der Deutschlandforschung verpflichtet. Es ist jedoch unbestritten, dass die Deutschlandforschung in ihren verschiedenen Ausprägungen keine eigenständige Disziplin ist.³

II. Von der SBZ-Forschung bis zur Dominanz des systemimmanenten Ansatzes in der Deutschlandforschung (1945–1978)

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurde Deutschland bekanntermaßen in vier Zonen aufgeteilt. Schon bald zeigte sich die divergierende Entwicklung im Vergleich zwischen der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und den drei Zonen der

¹ Friedrich-Christian Schroeder, Die Entwicklung der DDR-Rechts-Forschung in der Bundesrepublik Deutschland, in: Deutschland Archiv 19 (1986) 9, S. 947–953, hier S. 951.

² Vgl. Wilhelm Bleek, Deutschlandforschung, in: Werner Weidenfeld/Karl-Rudolf Korte (Hrsg.), Handbuch zur deutschen Einheit, Bonn 1999, S. 154–161, hier S. 154 f.; vgl. auch Oskar Anweiler, Deutschlandforschung, in: Uwe Andersen/Wichard Woyke (Hrsg.), Handbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, 4. Aufl., Bonn 2000, S. 151–154, hier S. 151.

³ Vgl. Eckhard Jesse, Die politikwissenschaftliche DDR-Forschung in der Bundesrepublik Deutschland, in: Heiner Timmermann (Hrsg.), DDR-Forschung. Bilanz und Perspektiven, Berlin 1995, S. 315–357, hier S. 319.

westlichen Alliierten. Von diesem Moment an, d. h. seit der Herausbildung einer eigenen sozialökonomischen Ordnung, gab es eine wissenschaftliche Erforschung der SBZ. So tagte ab 1946/47 in West-Berlin ein Kreis, der sich mit wirtschaftswissenschaftlichen Fragestellungen befasste. Der in der Anfangszeit die wirtschaftswissenschaftliche SBZ- bzw. DDR-Forschung prägende Kopf, Karl Christian Thalheim, hielt hierzu in einem Aufsatz aus dem Jahr 1983 fest: „Es ist kein Zufall, dass damit in Berlin begonnen wurde, und zwar aus drei Gründen: erstens wegen der damals ja noch durch keine Mauer zerstörten Verbindungen und Informationsmöglichkeiten; zweitens, weil gerade in Berlin Gelehrte und Wirtschaftspraktiker lebten, die an der Entwicklung im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands lebhaft interessiert und großenteils selbst aus der damaligen Sowjetischen Besatzungszone gekommen waren; drittens, weil hier in dem wiederentstehenden Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) und einige Jahre später auch in Instituten der neu gegründeten Freien Universität die institutionellen Voraussetzungen für eine solche Forschung gegeben waren bzw. geschaffen wurden.“⁴ Der Historiker und DDR-Forscher Arnold Sywottek berichtete 1990 über ein im Jahr 1949 abgeschlossenes Manuskript eines anonymen Autors, das eine Bilanz der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der SBZ beinhaltet.⁵ Es zählt zu den ersten bedeutenden Schriftstücken der SBZ-Forschung.

Vor allem die wirtschaftswissenschaftliche Analyse litt jedoch unter der schwierigen Quellenlage. So erschien beispielsweise das erste Statistische Jahrbuch der DDR erst im Jahr 1956 mit gerade einmal 292 Seiten. Thalheim resümiert: „Wer sich damals mit der Wirtschaft der SBZ beschäftigte, war also auf eine mühselige und naturgemäß lückenhafte Mosaiksteinchenarbeit angewiesen.“⁶ Neben der wirtschaftswissenschaftlichen Erforschung etablierte sich in Berlin auch eine sozialwissenschaftliche Forschung über die SBZ bzw. DDR, die mit den Namen Ernst Richtert⁷, Carola Stern⁸ oder Otto Stammer⁹ verbunden ist.¹⁰

⁴ Karl C. Thalheim, Zur Entwicklung und Gegenwartslage der wirtschaftswissenschaftlichen DDR-Forschung, in: Gottfried Zieger (Hrsg.), Recht, Wirtschaft, Politik im geteilten Deutschland. Festschrift für Siegfried Mampel zum 70. Geburtstag am 13. September 1983, Köln u. a. 1983, S. 251–270, hier S. 252.

⁵ Vgl. Arnold Sywottek, Über die Anfänge der DDR-Forschung, in: Deutsche Studien 29 (1990), S. 222–235.

⁶ Karl C. Thalheim (Anm. 4), S. 252.

⁷ Vgl. Ernst Richtert, Macht ohne Mandat. Der Staatsapparat in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, 2. Aufl., Köln/Opladen 1963.

⁸ Vgl. Carola Stern, Porträt einer bolschewistischen Partei. Entwicklung, Funktion und Situation der SED, Köln 1957.

⁹ Vgl. Otto Stammer, Sozialstruktur und System der Werthaltung der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, Berlin 1956.

¹⁰ Vgl. Eckhard Jesse, Die DDR-Forschung vor und nach der „Wende“ 1989/90, in: Deutscher Bundestag (Hrsg.), Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“. (13. Wahlperiode des Deutschen

Neben dem DIW und den Instituten an der Freien Universität entstanden bis zur „doppelten Staatsgründung“¹¹ zahlreiche Gruppierungen, Vereinigungen und Organisationen, die sich mit der divergierenden Entwicklung und ihren Folgen sowie einer möglichen Wiedervereinigung auseinandersetzten. Diese lieferten, wie von Jens Hüttmann trefflich herausgearbeitet, zentrale Beiträge zur Etablierung der SBZ-Forschung.¹² Zahlreiche Organisationen und Vereinigungen wurden vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen unterstützt und gefördert. Sie bildeten das akademische Umfeld des Ministeriums. Licht in das Dickicht der Vereinigungen, die vom späteren Minister für gesamtdeutsche Fragen Herbert Wehner im Jahr 1949 im Deutschen Bundestag z. T. als „Desperadoorganisationen“¹³ bezeichnet wurden, bringt die hervorragende Arbeit des Rostocker Historikers Stefan Creuzberger.¹⁴

Im Jahr 1952 wurde der Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung beim Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen zunächst unter der Leitung des Berliner Bankiers Friedrich Ernst, später unter dem CDU-Politiker Johann Baptist Gradl eingerichtet.¹⁵ In diesem überparteilichen Gremium versammelten sich Wissenschaftler, aber auch Repräsentanten aller im Bundestag vertretenen Parteien und verschiedener wirtschaftlicher Verbände und Gewerkschaften. Im sogenannten Forscherkreis waren u. a. der Wirtschaftswissenschaftler Karl Christian Thalheim (FU Berlin), Bruno Gleitze (DIW, später WWI des DGB), der Leiter des Instituts für landwirtschaftliche Betriebslehre Matthias Kramer (TU Berlin) oder der Volkswirtschaftler Rudolf Meimberg (Universität Mainz) Mitglied. Die konkrete Arbeit erfolgte in Ausschüssen, Arbeits- und Studiengruppen, denen sowohl Wissenschaftler als auch Vertreter aus dem wirtschaftlichen und sozialen Leben angehörten. Zunächst erarbeitete das Gremium auf der Grundlage der wissenschaftlichen Analyse der Entwicklungen in der DDR ein Sofortprogramm für den Fall der Wiedervereinigung. Deshalb versuchten Befürworter der deutschen Teilung, die Arbeit als „Wiedervereinigungswissenschaft“ zu diskreditieren.¹⁶ Nach dem Mauerbau 1961, mit dem die Wiedervereinigung deutlich in die Ferne gerückt schien, betrieben die Wissenschaftler im Forschungsbeirat mehr und mehr Grundlagenforschung. DDR-Forschung stand in

Bundestages). Acht Bände in 14 Teilbänden, Baden-Baden/Frankfurt a. M. 1999, Band IV/2, S. 1191–1221, hier S. 1192.

¹¹ Christoph Kleßmann, *Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955*, Bonn 1991.

¹² Jens Hüttmann, *DDR-Geschichte und ihre Forscher. Akteure und Konjunkturen der bundesdeutschen DDR-Forschung*, Berlin 2008, S. 64 ff.

¹³ Zit. nach ebd., S. 67.

¹⁴ Stefan Creuzberger, *Kampf für die Einheit. Das gesamtdeutsche Ministerium und die politische Kultur des Kalten Krieges 1949–1969*, Düsseldorf 2008.

¹⁵ Vgl. Markus Gloe, *Planung für die deutsche Einheit. Der Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands 1952–1975*, Wiesbaden 2005; Roland Wöller, *Der Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands 1952–1975. Zur politischen und wissenschaftlichen Diskussion der wirtschaftlichen Wiedervereinigung*, Düsseldorf 2004.

¹⁶ Vgl. Oskar Anweiler (Anm. 2), S. 152.